

Abstract: Infrastrukturprojekte stoßen seit vielen Jahren immer wieder auf Protest von Teilen der Bevölkerung. Abbauflächen der Rohstoffsicherung (u. a. Steinbrüche und Kies-Seen) stellen dabei keine Ausnahme dar, denn sie betreffen nicht nur viele Bereiche des menschlichen Lebens, sondern auch Umwelt und Natur. Deshalb münden Proteste gegen solche Vorhaben nicht selten in Bürgerentscheide. Sie können ein Projekt zu Fall bringen. Frühzeitige Beteiligung und Kommunikation kann hingegen die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation reduzieren. Die forschungsleitende Frage dieser Arbeit lautet deshalb: *Welche Auswirkungen hat informelle Beteiligung auf das Zustandekommen und den Ausgang von Bürgerentscheiden?*

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden qualitative leitfadengestützte Interviews mit den Beteiligten von vier ausgewählten Vergleichsfällen zum Bau und zur Erweiterung von Rohstoffsicherungsflächen durchgeführt. Darunter sind die Gemeindeverwaltung, Unternehmer, Bürger und Bürgerinitiativen sowie gegebenenfalls Mediatoren und Prozessbegleiter. Bei zwei dieser Vorhaben wurde je ein Bürgerentscheid durchgeführt, bei den anderen beiden Vorhaben nicht.

In den beiden Fällen, in denen es nicht zu einem Bürgerentscheid kam, kann die informelle Beteiligung insgesamt als erfolgreich betrachtet werden. In den beiden Vergleichsfällen mit Bürgerentscheid war die Diskussion hingegen sehr konfliktreich und hitzig. Das liegt auch daran, dass informelle Beteiligung im Vorfeld der Entscheide zu spät oder nicht ausreichend war, weil diese lediglich auf Informationsebene durchgeführt wurde. In diesem Zusammenhang stellt sich deshalb die Frage, ob Bürgerentscheide aktuell lediglich als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn ein Konflikt bereits verhärtet ist.

Die Erfolgsfaktoren guter Bürgerbeteiligung, an denen die durchgeführten Vorhaben gemessen werden, lassen sich in vier Kategorien einteilen: Fairness, Kompetenz, Effizienz und Legitimation. Für erfolgreiche Beteiligung ist es wichtig, dass die Beteiligten dialogbereit sind und in einem transparenten Verfahren alle Interessen berücksichtigt werden. Dazu müssen der nötige Sachverstand und das Ziel der Beteiligung vermittelt werden. Ein legitimes Verfahren ist anschlussfähig und räumt den Bürgern Handlungsspielräume ein. Dafür ist gegenseitiges Vertrauen eine Grundvoraussetzung, wobei unabhängige Prozessbegleiter helfen können. Dennoch kann ein Beteiligungsverfahren nur erfolgreich sein, wenn Unternehmen und Gemeindeverwaltung bei der Einbeziehung der Bürger an einem Strang ziehen. Aus den Vergleichsfällen ergibt sich die Einschätzung, dass Bürger- und Ratsentscheide grundsätzlich nur in Verbindung mit informeller Beteiligung durchgeführt werden sollten, weil sie ohne vorherigen Dialog zu einem Wahlkampf zwischen Bürgerinitiative und Unternehmen ausarten können, der nicht lösungsorientiert ist.

Art der Arbeit: Master-Arbeit

Verfasserin: Vanessa Miller

E-Mail: vanessa.miller1@web.de